

Titel: Neuverpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen
Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	27.10.2020
Bearbeiter:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
-------------	--

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	05.11.2020	

Anfrage:

1. Welches Vorgehen plant die Stadtverwaltung in Bezug auf auslaufende Pachtverträge über landwirtschaftliche Nutzflächen am 30.09.2021?
(bezugnehmend auf Ihre Antwort auf kAF 0159/2017)
2. Beabsichtigt die Stadtverwaltung, die frei werdenden Pachtverträge öffentlich auszuschreiben?

- Wenn ja, welche Kriterien werden einer Entscheidung zur Vergabe der Pachtverträge zugrunde gelegt?
3. Werden Belange des öffentlichen Interesses wie etwa der Klimaschutz, Ansiedlungsunterstützungen für Junglandwirt*innen oder auch der regionale Anbau von Gemüse bei der Neugestaltung, bzw. Verlängerung von Pachtverträgen vertraglich berücksichtigt?

- Wenn ja, welche Belange finden wie Berücksichtigung?

Begründung:

Im Jahr 2017 erhielt die Fraktion auf Anfrage eine Übersicht von zukünftig auslaufenden Pachtverträgen städtischer landwirtschaftlicher Nutzfläche. Konkret ging es dabei zum 30.09.2021 um Schläge mit folgenden Abmessungen:

Ackerland in ha: 23,9960
33,4996
130,2396
0,1500

Grünland in ha: 14,6696
2,0121

Da es sich bei städtischen Flächen um öffentliches Eigentum der Bürger*innen der Hansestadt Stralsund handelt, welche ein begründetes Interesse an Informationen haben, sollte die gängige Vergabepraxis überdacht und transparenter gestaltet werden. Außerdem wäre es wünschenswert, zukünftig einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, der den Wünschen der Bevölkerung entspricht und neben der bisher ausschließlich monetären Bewertung auch einen darüber hinaus gehenden Mehrwert für die Einwohner*innen schafft. So wäre es zum Beispiel ein großer Gewinn, hier vor Ort Gärtnereien und andere kleinbäuerliche Betriebe ansiedeln zu können, die der unmittelbaren Ernährung der Stadtbevölkerung dienen, statt wie es bisher die Regel ist, einige wenige Kulturen anzubauen, die teilweise nicht mal auf dem Weltmarkt für Lebensmittel landen, sondern „im Tank oder Trog“.